

Schwerpunkte deutscher Außenpolitik

1. Grundsätze

Eine ethisch ausgerichtete deutsche Außenpolitik muss zunächst die vollständige internationale Souveränität im guten Einvernehmen mit allen Völkern zurückerlangen. Einer dritten Generation nach dem II. Weltkrieg sind weitere Sonderdienste nicht zuzumuten. Die deutsche Verantwortung vor der Geschichte wird betont. Erinnerung bleibt das beste Mittel gegen Wiederholung von Fehlern. Grundsätzlich ist deutsche Außenpolitik werteorientiert, weitgehend offen einsehbar und richtet sich aus an den gemeinsamen Interessen aller Völker und Menschen. Die Umsetzung der UN-Millenniumsziele ist dabei unverzichtbar (Refinanzierung: Tobin- und Luxussteuer). Die Freiheit aller Völker und der ihnen verpflichteten Regierungen von globalen Mächten der Konzerne und Superreichen ist ein hohes Ziel, vor allem bei Finanz-, Energie- und Gesundheitsfragen.

Daraus leiten sich verschiedene vorrangige Ziele ab: Der Austritt Deutschlands aus der Euro-Zone, nicht als erstes, jedoch als zweites Land – sowie die Mitarbeit an einer globalen Bewegung, die sich für das Prinzip einsetzt, dass eine nationale Währung niemals auch Weltleitwährung sein darf.

Die Globalisierung muss allen Menschen, vor allem den notleidenden, zugute kommen – ebenso wie die Regionalisierung. Extreme bei arm und reich sind wieder anzunähern, auch durch bessere globale Gewerkschaftsbeziehungen und Bindungen der Friedensbewegung. Demokratische Teilhabe ist zu ermutigen. Außenpolitik als Friedenspolitik, Europa und seine Nachbarn, allen voran Russland und die islamischen Länder, stehen im Mittelpunkt unseres Interesses – ebenso wie die neuen globalen Kraftzentren.

Eine besondere Freundschaft zum amerikanischen Volk ist für Deutschland ebenso unverzichtbar wie eine besondere Verantwortung für ganz Palästina.

2. Europa

Europa und dessen gesunde Entwicklung ist das Fundament deutscher Außenpolitik – und benötigt einen Neustart. Die Deutsche Mitte fördert das gerechte und soziale Zusammenwachsen Europas. Gesunde Nationalstaaten und die politische Teilhabe aller Bürger und Parlamente bei wichtigen Entscheidungen und Personalfragen sind als Ausgangsbasis dafür unerlässlich. Sinnvolle Hochtechnologie und verantwortliche Wirtschafts- und Finanzstrukturen müssen im Dienst der Menschen stehen, auf der festen Grundlage sozialer Gerechtigkeit. Europa ist eine christlich geprägte Kultur- und Wertegemeinschaft, die sich kraftvoll für andere Einflüsse öffnen kann: Heimat, Sprache und Kultur sind hohe Güter und unverzichtbar.

2.1. Schuldenkrise

In der aktuellen Schuldenkrise fordert die Deutsche Mitte die uneingeschränkte und sofortige Beachtung sämtlicher Verhaltensregeln, die die Bundesregierungen

den deutschen Steuerzahlern bei Einführung der Währungsunion versprochen haben:

- keine Finanz-Unterstützung für marode Euro- oder EU-Partner
- keine ungesicherten Transferleistungen (Besicherung heute nur noch bestenfalls in dreifacher Nominalhöhe)
- strikte Stabilitätspolitik
- Kontrolle gewählter Parlamente und Führungspersönlichkeiten über die Politik, ohne Ausnahmen und Sonderregelungen

Bisher eingegangene Verpflichtungen sind rechtswidrig erfolgt und werden einvernehmlich zurückgenommen. Sollte darüber die Währungsunion zerbrechen, soll dies gerade auch für die besonders in Not geratenen Völker der Beginn gemeinsam zu vereinbarenden, nachhaltig tatsächlich rettender Reformen sein – ohne Sonderrücksichten auf Krisengewinnler.

2.2. Russland, Frankreich, Polen

Die Beziehungen zu Polen sollen sich weiter verbessern, auch im "Weimarer Dreieck" aus Frankreich, Polen und Deutschland sowie in der trilateralen Zusammenarbeit zwischen Russland, Polen und Deutschland. Mit Russland werden freundschaftliche Beziehungen angestrebt, gerade auch zwischen den Völkern, die nicht zu Lasten anderer Beziehungen gehen.

2.3. Sicherheit

Die Deutsche will die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ausbauen, diese jedoch insgesamt ethischer, defensiver und stärker an den nationalen Bedürfnissen ausrichten. Wichtig wird die Bekämpfung korrupter und einseitig machtpolitisch ausgerichteter Einflüsse auf die Sicherheitspolitik. Whistleblower sind überall zu schützen – hier sind sie besonders wertvoll. Zivil-militärische Verknüpfungen entfallen, Planungs- und Führungsfähigkeiten der EU dürfen keine Fähigkeiten erlangen, demokratisch ungenügend legitimierte EU-Politik zum Nachteil der Völker und Menschen durchzusetzen. Der Einsatz fremder und deutscher Truppen in Deutschland ist grundsätzlich zu verbieten.

2.4. Auswärtiges Amt und Politik

Deutschland und Europa benötigen für die Erreichung dieser Ziele einen leistungsfähigen Auswärtigen Dienst mit leicht erhöhtem Budget (Refinanzierung: Verteidigungsbudget). Einflusspolitik soll sich zur Freundschaftspolitik wandeln, die alle gemeinsamen Interessen der Völker fördert – vorrangig gegenüber Osteuropa und den Umbruchstaaten südlich des Mittelmeers.

3. Deutsche Außenpolitik ist Friedens- und Aufbaupolitik

Militärpolitik kann nicht die Fortsetzung von Außenpolitik mit anderen Mitteln sein. Die Bekämpfung von Hunger, Not, Bildungsmangel und wirtschaftlicher Benachteiligung in der Welt bekommt hohe Priorität. Fortschritt und Wohlstand lassen sich global nur gemeinsam erreichen – ebenso wie Sicherheit.

3.1. UNO

Die neue UN-Politik internationaler Schutzverantwortung („right to protect“ – r2p) hat einzelne UN-Mitglieder veranlasst, eine Notwendigkeit zu ihrem Einsatz künstlich erzeugen zu helfen. Diese Politik ist deshalb grundsätzlich und global sowohl gleichberechtigt wie partnerschaftlich zu reformieren.

Die am 23. September 2008 erfolgte Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit der UN-Nato-Sekretariate (Joint Declaration on UN/NATO Secretariat Cooperation) ist baldmöglichst ersatzlos zu streichen, weil sie geeignet sein könnte, die Unabhängigkeit der UNO zu ihrem Nachteil zu untergraben.

Der UN-Sicherheitsrat sollte niemals vor Ablauf einer vollen Woche nach Antragstellung den Einsatz militärischer Mittel genehmigen dürfen. Deutschland bewirbt sich weiterhin und gemeinsam mit anderen um einen Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat.

3.2. Nato und Sicherheit

Die Deutsche Mitte betreibt keine Außenpolitik, zu deren Durchsetzung deutsche oder Nato-Streitkräfte das gemeinsame Verteidigungsgebiet ohne Vorhandensein eines UN-genehmigten Verteidigungsfalles (Sicherheitsrat) verlassen müssten.

Bei Anforderung deutscher Truppen durch einzelne Nato-Partnerländer ist vorher zu prüfen, ob diese Nato-Mitglieder zuvor friedensstörend gewirkt haben.

Nach ständig zunehmenden Einsätzen der Nato-Partner außerhalb des Verteidigungsgebietes („out of area“), soll Deutschland nach früherem französischem Vorbild seine Streitkräfte umgehend aus der Nato-Kommandostruktur heraushalten – jedoch unter Beachtung von freundschaftlich erreichten Übergangsregelungen. Dieser Rückzug soll so lange dauern, bis der letzte Nato-Soldat ins Territorium der Mitgliedsländer zurückgekehrt ist – und keine gebietsüberschreitenden Aktionen mehr durchgeführt werden. Sollten jedoch Nato-Partner in Zukunft ohne Autorisierung durch den UN-Sicherheitsrat andere Völker überfallen, wird sich die Deutsche Mitte für den Austritt aus der Nato einsetzen.

Sicherheit gelingt glaubwürdig, gemeinschaftlich und global am besten – vor allem wenn soziale Aufgaben gelöst sind. Deutschland erwachsen hier auf Grund seiner Mittellage innerhalb Europas und darüber hinaus besondere friedenswahrende politische Aufgaben und Chancen.

Vor allem mit Russland – aber in der Zukunftsperspektive auch mit anderen in Frage kommenden Partnerländern und Staatengruppen in Asien, Südamerika (Alba) und Afrika – sind in Ergänzung zum Nato-Vertrag ein oder mehrere Rückversicherungsverträge und –partnerschaften anzustreben mit Wirkung für den Fall, dass einzelne Nato-Partner in der Friedensausrichtung ihrer Politik nachlassen.

Mit Russland ist unter Wahrung sicherheitspolitischer Erwägungen eine sofortige Visafreiheit einzurichten, um die Menschen im Interesse von Frieden und Demokratie schnell und freundschaftlich zusammenzubringen.

3.3. Rüstungs-, Atom- und Weiterverbreitungspolitik

Deutschland setzt sich für das langfristige Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen ein. Nukleare Abrüstung ist eine Aufgabe aller Staaten, vorrangig solcher mit

Nuklearwaffen. Der Besitz dieser Waffen darf nicht dazu führen, andere Länder gewaltsam von deren Erwerb abzuhalten. Vielmehr ist eine freundschaftliche Sicherheits- und Wirtschaftspartnerschaft so anzulegen, dass die Notwendigkeit für eine Nuklearrüstung entfallen kann. In jüngster Zeit haben Bundesregierungen zunehmend das Kriegswaffenkontrollgesetz gebrochen – diese Praxis ist umgehend zu beenden.

3.4. Bisherige Bündniseinsätze

In Afghanistan, auf dem Westlichen Balkan oder bei der Piraterie-Bekämpfung am Horn von Afrika hat sich Deutschland militärisch engagiert – zur Umsetzung von Beschlüssen der Vereinten Nationen.

3.4.1. Afghanistan

Deutschland wird sein militärisches Engagement in Afghanistan mit geeigneten Übergangsregelungen für Nato-Partner, afghanische Mitarbeiter und die bisherige Aufbauhilfe umgehend und vollständig beenden. Afghanistan ist mit zivilen Mitteln und einer internationalen Sicherheitspartnerschaft regionaler und überregionaler Staaten so zu stärken, dass es in der Zukunft eine größere, jedoch strikt defensive, Unabhängigkeit von seinen Nachbarn erlangen kann als bisher. Hierfür übernimmt Deutschland eine besondere, friedensorientierte Patenrolle, die der historischen Freundschaft und der damals zwischen beiden Völkern gewachsenen, gegenseitigen Zuneigung entspricht.

3.4.2. Balkan

Auf dem Balkan wird Deutschland nach afghanischem Muster seine Truppen ebenfalls unter allen notwendigen Übergangsregeln langfristig zurückziehen. Hier sind insbesondere gegenüber Serbien, jedoch darüber hinaus auch mit mehreren anderen Völkern, auf verschiedene Weise unterschiedliche Verpflichtungen entstanden. Die dabei beförderte, grassierende Korruption ist umgehend zurückzudrängen – auch innerhalb Deutschlands, vor allem in Hamburg. Gerechter Friede in enger nachbarschaftlicher Verbindung der Balkanstaaten untereinander soll eine selbsttragende, gemeinsame Sicherheit frei von überregionaler Bevormundung etablieren. Grundlage dafür sind die berechtigten Wünsche und Leistungen der betroffenen Staaten. Die Deutsche Mitte setzt sich dafür ein, dass alle bisherigen Nato-Truppensteller und maßgeblichen Wirkungskräfte übergangsweise in uneigennützigem finanzieller und wirtschaftlicher Form diese neuen, nachhaltigen Schritte unterstützen.

3.4.3. Horn von Afrika – Piraterie

Die Piraterie-Bekämpfung am Horn von Afrika ist möglichst global und gemeinschaftlich mit allen interessierten Staaten zu organisieren – und mit sinnvollen und uneigennützigem Hilfsmaßnahmen in den Herkunftsländern der Piraten zu begleiten.

3.5. Nahostkonflikt

Auch dem Nahostkonflikt widmet die Deutsche Mitte besondere Aufmerksamkeit. Neben der Unterstützung beim Aufbau von staatlichen Strukturen in den Palästinensischen Gebieten unterstützt Deutschland die Anstrengungen des

Nahost-Quartetts, direkte Verhandlungen der Konfliktparteien in Gang zu bringen. Grundlage dafür ist die Unterstützung der Einheit aller Palästinenser ohne Benachteiligung des Gazastreifens und der demokratisch gewählten Hamas-Regierung und unter Respektierung der derzeitigen Strukturen im Westjordanland. Eine deutsche Sonderverpflichtung für Israels „Sicherheit“ besteht nicht. Grundsätzlich ist bis 2015 eine Frist für die Erreichung der so genannten „Zwei-Staaten-Lösung“ zu gewähren. Danach wird sich die Deutsche Mitte für eine international vor allem im Sicherheitsbereich einvernehmlich garantierte Ein-Staaten-Lösung einsetzen: unter vollem Rückkehrrecht für alle Palästinenser und völliger innenpolitischer Gleichberechtigung („one man – one vote“). Den besonderen Sicherheitsbedürfnissen der jüdischen Bevölkerung ist dabei gemeinschaftlich Sorge zu tragen.

Die Deutsche Mitte unterstützt voll das BDS-Programm (Boykott, Desinvestment, Sanktionen) gegen Israel, bis zu einer fairen und gerechten, vollständigen Lösung des Nahostkonflikts im Sinne der oben genannten Zielangaben.

3.6. Iran

Beim Thema des iranischen Nuklearprogramms bemüht sich Deutschland in engem Schulterschluss mit Frankreich, Großbritannien und den USA um eine deutliche und einheitliche Haltung gegenüber Iran: Sämtliche Embargos gegen Iran sind unverzüglich aufzuheben, Deutschland kann sich an einseitigen internationalen Benachteiligungen nicht mehr beteiligen. Dem Iran wird das Recht auf die Entwicklung eines friedlichen Atomprogramms zugesichert. Gleichzeitig erhält Iran sehr umfangreiche Zusicherungen und Sofort-Lieferungen für den Verzicht auf weiteren Ausbau – aus Gründen des regionalen Umweltschutzes.

Iran wird freundschaftlich ermuntert, bei Einsetzen der positiven Wirkungen der oben erwähnten Politik stärker als bisher gegen Menschenrechtsverletzungen und Jugendarbeitslosigkeit zu wirken.

3.7. Syrien

Vorrang für deutsche Politik erhält die Sicherheit aller Menschen, insbesondere der christlichen Minderheit. Dies ist nur gemeinsam mit der syrischen Regierung zu erreichen. Deutschland wird sich nach dem Willen der Deutschen Mitte an weiteren Maßnahmen zur Destabilisierung Syriens nicht beteiligen und im Rahmen seiner Möglichkeiten auch auf alle Freunde einwirken, dies künftig zu unterlassen. Sämtliche Embargos gegen Syrien sind gegen freundschaftlich vereinbarte menschliche Erleichterungen sofort aufzuheben. Waffen- und Ausrüstungs- oder Logistikhilfe jeder Art, die geeignet sein könnte, die regionale Lage zu verschärfen, ist nach verfassungsmäßiger und gesetzlicher Maßgabe sofort einzustellen.

4. Neue Kraftzentren und die Gestaltung der Globalisierung

4.1. Gerechte Globalisierung

Die Deutsche Mitte setzt sich dafür ein, die Chancen der Globalisierung zu nutzen und ihre Risiken zu minimieren. Es geht um verbindliche Regeln für sozialen Ausgleich, gerechte Rohstoffnutzung, Umweltschutz, Wasser- und Ernährungsfragen, gerechte Bildungs- und Wirtschaftschancen sowie Migration und Internetfreiheit.

4.2. Missbräuchliche Spekulation

Internationale Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln ist schnellstmöglich unter Strafe zu stellen und wirksam zu unterbinden. Rohstoffe gehören grundsätzlich den auf ihnen lebenden Völkern und Menschen – und sind nach UN-überwachten Grundsätzen von Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit weltweit offen anzubieten.

4.3. Neue Partnerschaften

Auch wenn Europa und die transatlantische Partnerschaft sowie globale vertragliche Ergänzungen die Grundpfeiler deutscher Außenpolitik bleiben und werden, nimmt die deutsche Außenpolitik zusätzlich den Auf- und Ausbau von Partnerschaften mit den neuen Kraftzentren wie China, Indien und Brasilien in den Blick. Auch mit Afrika sollen engere Partner- und Freundschaften begründet werden. Bestehende Regionalkonzepte werden entsprechend angepasst oder neu erstellt.

4.4. Verschiedenes

Eingebettet in die "Strategischen Partnerschaften" der EU – jedoch auch darüber hinaus – verfolgt Deutschland einen umfassenden Ansatz, der auf die Instrumente der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, verstärkte Wirtschaftsförderung und Regierungskonsultationen - wie sie 2011 erstmals mit China und Indien stattgefunden haben - setzt.

Der Dialog mit dem wichtigen Partner Türkei wird fortgesetzt, Regionalkonzepte für Lateinamerika und Afrika sind zu überarbeiten.

Deutschland lebt von seiner Offenheit und Vernetzung. Die Bundesregierung hat daher erste Schritte zu einer weniger bürokratischen Visapolitik eingeleitet.

Der Respekt für Menschenrechte ist die beste Friedenspolitik. Werben für die unveräußerlichen und universellen Menschenrechte ist wichtiger Teil einer wertorientierten Außenpolitik.

Deutsche humanitäre Hilfe wird fortgesetzt und dafür das technische Hilfswerk besser gefördert (Refinanzierung: Verteidigungsbudget).
